

„Die wollten das Gatt kippen“

Die geplatzen Verhandlungen über Agrarsubventionen zwischen der EG und den USA kommen wieder in Gang, Europa verzichtet auf Gegenmaßnahmen gegen die

angekündigten US-Strafzölle. Die kompromißbereiten Deutschen setzten sich durch, die Franzosen gaben nach: Der drohende Handelskrieg scheint abgewendet.

Es war eine denkwürdige Sitzung, zu der sich die Außen- und Wirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft am Montag vergangener Woche trafen; die Brüsseler Routine wollte sich nicht einstellen.

„Zum ersten Mal ging's gegen Frankreich“, erinnert sich Jürgen Möllemann, der deutsche Wirtschaftsminister. „Und das war nötig, sonst säßen wir jetzt voll im Dreck.“

Eine Woche zuvor waren die Verhandlungen über den Abbau von Agrarsubventionen zwischen der EG und den USA gescheitert, die Vereinigten Staaten hatten mit Strafzöllen gedroht. Nun mußten die Minister der Zwölf entscheiden, wie die EG reagieren sollte.

Die Franzosen forderten harte Gegenmaßnahmen, die Deutschen favorisierten eine kompromißbereite Haltung. Bonn setzte sich durch.

In dieser Woche fahren die EG-Unterhändler, der Holländer Frans Andriessen und der Ire Ray MacSharry, nach Washington. Das Feilschen um amerikanische Sojabohnen und europäischen Raps kann weitergehen.

Der Streit um Ölsaaten blockiert noch immer die Verhandlungen des Gatt** in Genf, bei denen es um den weltweiten Abbau von Handelshemmnissen geht. Sie kämen bei einem Erfolg der Gespräche in Washington wieder in Gang.

Viel steht auf dem Spiel: Ein weltweiter Handelskrieg, wie er nach einem Scheitern der Gatt-Runde wahrscheinlich wäre, würde die exportorientierte deutsche Industrie besonders treffen. Außenminister Klaus Kinkel und Mölle-



Britische Delors-Karikatur*: Stumm in die Niederlage gefügt

mann fochten in Brüssel deshalb mit Billigung von Helmut Kohl gegen die Franzosen. Der Kanzler hatte sich die Entscheidung, diesmal gegen seinen Freund François Mitterrand zu handeln, nicht leichtgemacht.

Lange Zeit hatte der deutsche Kanzler tatenlos zugesehen, wie die Franzosen und der französische Kommissionspräsident Jacques Delors die Agrarver-

* Aus der Times.

** General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen).

handlungen mit den USA von einer Krise in die andere trieben – und das, obwohl sich Angebot und Forderung zuletzt kaum noch unterschieden.

Doch die sozialistische Regierung in Paris fürchtet einen Abschluß mit den Amerikanern oder im Gatt, der die militanten französischen Landwirte noch mehr gegen sie aufbringen könnte. Mitterrands Macht bröckelt, das letzte Mißtrauensvotum in Sachen EG-Agrarpolitik hat seine Regierung mit nur drei Stimmen Mehrheit überstanden.

Die hochsubventionierte Produktion von Ölsaaten in Europa behindert den Absatz nicht subventionierter Sojabohnen aus den USA. Zweimal schon haben die Amerikaner mit Erfolg gegen die EG-Subventionen geklagt, jetzt sollen die Europäer entsprechend den Gatt-Sprüchen ihren subventionierten Ausstoß an Raps und Sonnenblumen freiwillig drosseln. Und das träfe vor allem auch französische Bauern.

Am Donnerstag vorvergänger Woche zeigte Washington noch einmal guten Willen. Die USA wollen der EG die Produktion von 9,5 Millionen Tonnen Ölsaaten zugestehen. Die Brüsseler Unterhändler hatten zuletzt auf gut 10 Millionen Tonnen bestanden.

Kommissar Ray MacSharry, zum Kompromiß bereit, durfte dennoch nicht abschließen. In einem wütenden Brief warf er sein Verhandlungsmandat hin und gab Delors die alleinige Schuld.

In Bonn und London verstärkte sich der Eindruck, daß es Paris gar nicht mehr um Sojabohnen ging. „Die woll-

ten“, so ein Bonner Spitzenbeamter, „offensichtlich das ganze Gatt kippen.“

In Genf aber geht es nicht nur um den Abbau von Produktions- und Exportsubventionen landwirtschaftlicher Produkte. Die 108 Mitglieder des Gatt verhandeln in der sogenannten Uruguay-Runde seit 1986 über die Liberalisierung bei Dienstleistungen, über Erfinderschutz und weiteren Zollabbau.

Scheitert die Gatt-Runde, so schätzt die Weltbank, dann geht in den nächsten zehn Jahren ein mögliches weltweites Wachstum von über 5000 Milliarden Dollar verloren. Dann droht eine Rezession, vielleicht sogar eine Weltwirtschaftskrise.

Daran kann niemandem gelegen sein, schon gar nicht Bill Clinton. Der gewählte US-Präsident erklärte dem Kanzler am Telefon, er habe kein Interesse daran, seine Amtszeit mit einem Handelskrieg und gescheiterten Gatt-Verhandlungen zu beginnen.

Als sich am Montag die EG-Minister zur Krisensitzung in Brüssel trafen, bestätigte sich schnell die Befürchtung, daß Paris am liebsten jede weitere Liberalisierung und jeden weiteren Subventionsabbau verhindern würde.

„Muckmäuschenstill“ (ein Teilnehmer) hörte Delors zu, als sein Außenminister Roland Dumas eine durchsichtige Strategie vortrug, die neue Verhandlungen unmöglich, einen Handelskrieg möglich und ein Scheitern der Gatt-Runde gewiß gemacht hätte.

Ehe wieder verhandelt werden könne, so Dumas, solle die Kommission eine Studie vorlegen, in der die bisherigen Ergebnisse der Agrargespräche mit den Beschlüssen der EG-Agrarreform verglichen werden. Erst dann könne Frankreich entscheiden, ob noch Verhandlungsspielraum vorhanden sei.

Dumas' Forderung war eine Farce. Er wußte genau, daß an diesem Auftrag Jahre herumgerechnet werden kann. Die EG-Agrarreform sieht die Reduzierung von Anbauflächen um 15 Prozent vor.

Die USA bestehen darauf, daß die Europäer eine bestimmte, herabgesetzte Produktionsmenge nicht überschreiten. Da die Erträge pro Hektar aber schwanken, entspricht eine nach den US-Wünschen gedrosselte Produktion je nach Referenzjahr anderen Hektarzahlen.



EG-Vize Andriessen, Kommissar MacSharry: Hiebe gegen Franzosen

Außerdem, so schob Dumas nach, sei bis zur Amtsübernahme Clintons mit den Amerikanern wohl kaum noch vernünftig zu reden. Solange Washington mit 200prozentigen Zollzuschlägen drohe, sollten die Verhandlungen ohnehin ruhen.

Gleichzeitig forderte der Franzose die Kollegen auf, vom 5. Dezember an solidarisch mit Gegenmaßnahmen zurückzuschlagen. Die Amerikaner hatten angekündigt, vom 5. Dezember an Zölle auf europäische Importwaren im Wert von 300 Millionen Dollar zu erheben.

Es falle zunehmend schwer, widersprach Möllemann, die Weltwirtschaft angesichts einer Differenz von 500 000 Tonnen Ölsaaten am Rande einer Weltrezession dahintaumeln zu sehen. Sein Kanzler habe ein Scheitern der Gatt-Verhandlungen als „Katastrophe“ bezeich-

sichtlichem Wohlbehagen Hiebe gegen Dumas.

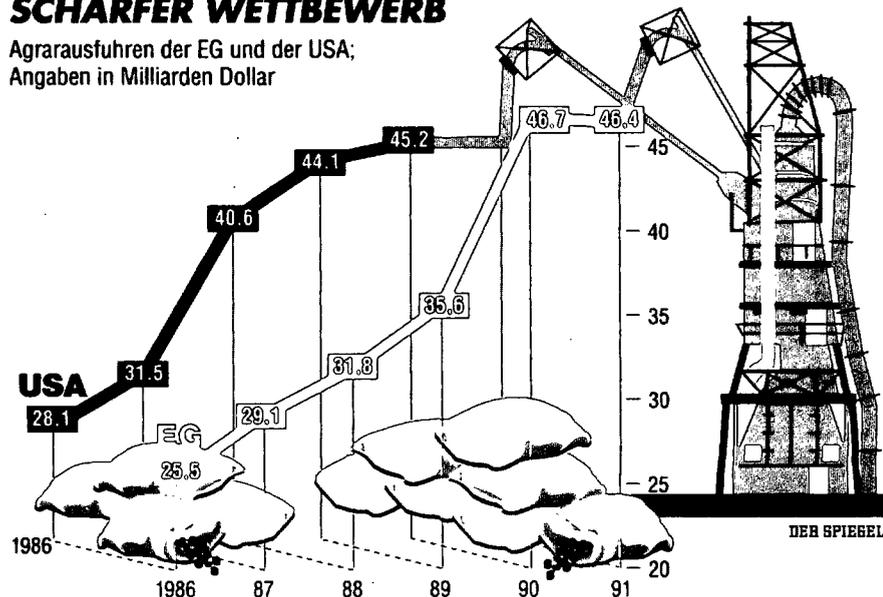
Ein Warten auf Clinton, so spottete Andriessen, sei wie ein „Warten auf Godot“. Das würde die Verhandlungen um Monate, wahrscheinlich Jahre hinauschieben. Niemand sei berechtigt, so Andriessen scharf in Richtung Paris, den Mißerfolg der Gatt-Runde zu provozieren.

Stumm saß Andriessens Präsident Delors, der zuvor öffentlich Dumas' Haltung gestützt hatte, dabei. Um die Niederlage der Franzosen etwas zu kaschieren, wurde schließlich beschlossen, daß die Kommission „zu gegebener Zeit“ die Verhandlungsergebnisse mit der EG-Agrarreform vergleichen solle.

Delors fügte sich der neuen Lage. Nach der Sitzung ließ er MacSharry wissen, er sähe ihn zusammen mit Andriessen gern wieder als Unterhändler. Am

SCHARFER WETTBEWERB

Agrarausfuhren der EG und der USA; Angaben in Milliarden Dollar



DER SPIEGEL

Dienstag dieser Woche wollen die drei die Strategie für die Verhandlungen in Washington besprechen.

Möllemann glaubt fest daran, „daß das jetzt läuft“. Nach der Franzosenschelte im Rat in Gegenwart des Kommissionspräsidenten „sollte es für Präsident Delors kaum mehr möglich sein, den Verhandlungsprozeß kommissionsintern aufzuhalten“, schrieb seine Beamten ihm ins Sitzungsprotokoll.

Um ganz sicher zu gehen, bauten die Deutschen eine zusätzliche Sperre ein. Bei den deutsch-britischen Konsultationen am Mittwoch vergangener Woche verabredete Möllemann mit seinem Londoner Kollegen Michael Heseltine, der Kommission die Verhandlungen aus der Hand zu nehmen, wenn bis zum Wochenende kein Erfolg gemeldet wird.

Dann will Kohl persönlich ran – auf einem Gipfeltreffen mit Bush, Major und Delors.

co op

Millionen im Koffer

Der erste Schuldspruch im co-op-Verfahren bedeutet nichts Gutes für die übrigen Angeklagten – die Strafen könnten hoch ausfallen.

Auf seinen Büroleiter Hans Gitter konnte sich co-op-Chef Bernd Otto viele Jahre blind verlassen. Gitter wußte worauf es ankam: „Ein Vorstandsekretär räumt Störendes aus dem Weg und sorgt dafür, daß Diskretes diskret bleibt“, lautete seine eigene Arbeitsplatzbeschreibung.

Soviel Einfühlungsvermögen wußten Otto und seine Kollegen zu schätzen. Gitter erhielt 250 000 Mark Jahresgehalt und einen ordentlichen Dienstwagen. Der ehemalige Bundesbahnassistent wurde von Anwälten und Bankiers hoffiert und verfügte über ein mit Millionenbeträgen gepolstertes Konto. „Es war wie ein Rausch“, sagt Gitter heute. „Und ich habe es genossen.“

Mit der Ernüchterung kam die Reue. Im Strafprozeß gegen den Gewerkschaftsfunktionär Alfons Lappas sowie sechs Manager der co op packte Gitter, 47, rückhaltlos aus. Mit vielen Details bestätigte er die Berichte, mit denen der SPIEGEL im Oktober 1988 den co-op-Skandal ins Rollen brachte.

Gitter, der selbst unter Anklage stand, verkürzte damit sein Verfahren. Am Montag vergangener Woche verurteilte ihn das Landgericht Frankfurt wegen Beihilfe zur Untreue in fünf besonders schweren Fällen zwar zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Da Git-



Richter Bokelmann: Klug vorgebaut



Verurteilter Gitter

„Es war wie ein Rausch“

ters umfassendes Geständnis jedoch entscheidend zur Aufklärung der co-op-Affäre beiträgt, setzte Richter Gernot Bokelmann die Strafe für drei Jahre zur Bewährung aus. Als freier Mann konnte Gitter das Gericht verlassen.

Das erste Urteil im größten deutschen Wirtschaftsprozeß signalisiert, so ein Münchner Anwalt, die „Einstiegsgröße für die Hauptangeklagten“. Da der Helfer bereits die höchste Strafe erhielt, die noch auf Bewährung ausgesetzt werden kann, müssen die ehemaligen Spitzenmanager des Handelskonzerns mit empfindlichen Freiheitsstrafen rechnen.

Selbst die lange Untersuchungshaft von nahezu zwei Jahren dürfte die co-op-Chefs jetzt kaum noch vor einem weiteren Gefängnisaufenthalt bewahren. Experten rechnen für Bernd Otto und Dieter Hoffmann mit einem Straf-

maß von fünf bis sechs Jahren.

Die Angeklagten haben sich mit dem Schweigen, das ihnen ihre Rechtsanwälte auferlegt haben, wahrscheinlich keinen Gefallen getan. Es nutzt allein der Gewerkschaftsholding BGAG.

Für die BGAG und ihren einstigen Chef Alfons Lappas, der als ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender bei co op auf der Anklagebank sitzt, geht es um mehr als die Ehre. Ein schneller Schuldspruch hätte für die BGAG zwangsläufig auch negative Auswirkungen auf die Zivilprozesse in

Sachen co op, die parallel zum Frankfurter Strafverfahren laufen.

Im größten der mehr als 60 Zivilprozesse fordert die inzwischen in Deutsche SB-Kauf umbenannte co op AG immerhin Schadensersatz in Höhe von 400 Millionen Mark von ihrem früheren Hauptaktionär BGAG. Um das Verfahren abzukürzen, schlug das Gericht vor, die BGAG solle der co op 100 Millionen Mark Schadensersatz zahlen.

Den übrigen Angeklagten hilft eine weitere Verzögerung des Prozesses dagegen gar nichts. Allein die Anwaltskosten dürften sich für jeden Angeklagten auf mehrere tausend Mark pro Verhandlungstag summieren. Hinzu kommen die Gerichtskosten, die vor allem wegen teurer Gutachten weit über eine Million Mark ausmachen werden.

Gitter hat bei seinen Vernehmungen viele der Wege deutlich gemacht, auf denen seine Vorgesetzten sich um ihre private Vermögensbildung sorgten. Ausführlich berichtete er über die Küngeleien mit den Gewerkschaftsbossen und die immer größer werdende „Spirale der Zahlungswünsche“. Er legte Scheinrechnungen und andere gutgetarnte Transaktionen offen, bei denen er selbst als Geldbriefträger mit Millionen im Koffer tätig war.

Besonders aufschlußreich für den Staatsanwalt waren Gitters Berichte über die Geheimstiftungen in der Schweiz und in Liechtenstein. In ihnen hatten die co-op-Chefs sowie die Gewerkschafter Günter Döding und Alfons Lappas Mitte der achtziger Jahre Millionen verschwinden lassen – natürlich zum Wohle der Arbeiterbewegung.

In dieser ehrenwerten Gesellschaft verlor auch Gitter die „Sensibilität für Größenordnungen“, wie er im Prozeß gestand. Eigenmächtig besserte er sein Gehalt auf und genehmigte sich bis zu